

per e-mail

ABT13-93434/2023

Wien, am 31.10.2024

FB/sp

An die
Steiermärkische Landesregierung
Abteilung 13 – Umwelt und Raumordnung
Referat UVP- und Energierecht
zHd Mag. Lorenz Rösslhuber
Stempfergasse 7
8010 Graz

ANTRAGSTELLERIN ImWind Tauernwind WP GmbH
Josef Trauttmansdorff-Straße 18
3140 Pottenbrunn

VERTRETEN DURCH

**ONZ & PARTNER
RECHTSANWÄLTE
GMBH**
1010 Wien,
Schwarzenbergplatz 16
T (+43-1) 715 60 24 F DW 30
IBAN AT55 2011 1000 1360 8274
BIC GIBAATWWXXX

Vollmacht gemäß § 8 RAO erteilt

WEGEN Windpark Tauernwind IV;
§ 3a Abs 1 Z 1 in Verbindung mit
Z 6 lit b Anhang 1 UVP-G 2000

**ANTRAG
auf Erteilung einer
Genehmigung nach dem UVP-G 2000**

1 Beilage (Einreichoperat, elektronisch, USB-Sticks)

**ONZ & Partner
Rechtsanwälte GmbH**
Schwarzenbergplatz 16
1010 Wien

T +43 1 715 60 24
F +43 1 715 60 24-30
office@onz.at
www.onz.at

FN 222714x
Handelsgericht Wien

1. SACHVERHALT

- 1.1. Wie in ihrer Anfrage vom 2.5.2023 bereits mitgeteilt, plant die Antragstellerin (idF kurz AST) in den Gemeinden Pölstal und Pusterwald im Bezirk Murtal die Errichtung und den Betrieb des **Windparks Tauernwind IV**. Dabei handelt es sich um eine Erweiterung des bestehenden Tauernwindparks (konkret schließt der antragsgegenständliche Windpark im Westen an den bestehenden Windpark Oberzeiring Repowering sowie den Windpark Oberzeiring – WKA 14 an).
- 1.2. Konkret sind die Errichtung und der Betrieb von **sieben** Windenergieanlagen (idF kurz WEA) der Type **Vestas V150-6.0 MW** auf einer Seehöhe von etwa 1.610 m bis 1.750 m vorgesehen.
- 1.3. Die WEA verfügen über eine Engpassleistung von jeweils 6,0 MW, einen Rotordurchmesser von 150 m und einer Nabenhöhe von 125 m. Die **Gesamtnennleistung** des antragsgegenständlichen Vorhabens beträgt damit **42,0 MW**.
- 1.4. Neben den WEA selbst umfasst das (auf einen unbefristeten Betrieb ausgelegte) Vorhaben die Benützung, Ertüchtigung sowie Errichtung aller Hilfsbetriebe und Nebeneinrichtungen iSd § 2 Z 33 Stmk ElWOG 2005, insbesondere
 - die Errichtung von Kranstell- und Montageflächen für den Aufbau der WEA sowie weitere Infrastruktureinrichtungen (ua Umladeplatz, Baucontainer, Bodenlagerflächen, Ausweichen),
 - die Errichtung bzw. Ertüchtigung von Stichzuwegungen, ausgehend von bestehenden (teilweise zu ertüchtigenden bzw. verbreiternden) Wegen, für den Antransport der Anlagenteile und notwendigen Baustellenverkehr,
 - die Errichtung von Energiekabel- und Kommunikationsleitungen zwischen den WEA und der zu errichtenden Übergabestation,
 - die Errichtung diverser Nebenanlagen (Übergabestation mit Schalt- und Kompensationsanlagen (inkl. Transformator), Betriebsstation mit SCADA-Anlage sowie die Errichtung von Eiswarnschildern inkl. Warnleuchten), sowie

- die (bloße) Mitbenutzung der (alterungs- bzw zustandsbedingt und den damit verbundenen Ausfallzeiten ertüchtigten bzw im Jahr 2025 zu ertüchtigenden) Netzableitung des Bestandwindparks von der Übergabestation in das Umspannwerk (kurz UW) Teufenbach (Gemeinde Teufenbach-Katsch, Bezirk Murau).
- 1.5.** Die elektrotechnische Grenze des gegenständlichen Vorhabens bilden daher die abgabenseitigen Klemmen der Schaltstation in der Übergabestation auf dem Grundstück Gst-Nr 532/9, EZ 585, KG 65605 Oberzering (die abgabenseitigen Klemmen sind noch Teil des Vorhabens, alle nachgeschalteten Einrichtungen und Anlagen sind dagegen nicht mehr antragsgegenständlich).
 - 1.6.** Drei Anlagenstandorte befinden sich in der im Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie ausgewiesenen Vorrangzone „Oberzeiring“, vier WEA sollen auf Flächen umgesetzt werden, für die eine Sondernutzung im Freiland für Energieerzeugungs- und Versorgungsanlagen (Windkraftanlage) ausgewiesen wurde.
 - 1.7.** Das Vorhaben befindet sich zwar in keinem Schutzgebiet iSd Anhang 2 UVP-G 2000, allerdings grenzt das nächstgelegene Vogelschutzgebiet „Niedere Tauern“ (AT 2209000) unmittelbar an. Weitere Vogelschutzgebiete finden sich im 10 km-Prüfradius nicht.
 - 1.8.** Details sind den beiliegenden Einreichunterlagen der ImWind Operations GmbH (insbesondere der Technischen Beschreibung des Vorhabens) zu entnehmen (./1), die einen integralen Bestandteil des gegenständlichen Antrags bilden.

2. ZUR UVP-PFLICHT

- 2.1.** Da das (Änderungs-)Vorhaben¹⁾ über einer Seehöhe von 1.000 m liegt und den einschlägigen Schwellenwert von 15 MW gemäß Z 6 lit b Anhang 1 UVP-G 2000 überschreitet, ist zwingend eine UVP nach dem vereinfachten Verfahren durchzuführen.
- 2.2.** Andere UVP-relevante Tatbestände (wie bspw für Rodungen) werden nicht erfüllt.

¹⁾ Die ASt geht aufgrund der einheitlichen Energieableitung auch von einem sachlichen Zusammenhang und sohin von einem Änderungsvorhaben aus.

3. ZU DEN RAUMORDNUNGSRECHTLICHEN VORAUSSETZUNGEN

- 3.1. Gemäß § 4a Abs 1 UVP-G 2000, der mit der UVP-G-Novelle 2023 (BGBl. I Nr. 26/2023) eingeführt wurde, sind WKA „*vorrangig auf dafür planungsrechtlich bestimmten Flächen nach Maßgabe der aktuellen, im Einklang mit den Ausbauzielen des § 4 Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (EAG) stehenden verbindlichen planungsrechtlichen Festlegung und Zonierung auf überörtlicher Ebene für Windkraftanlagen (aktuelle überörtliche Windenergie Raumplanung) des jeweiligen Bundeslandes zu realisieren.*“
- 3.2. In weiterer Folge enthält § 4a UVP-G 2000 ein gestuftes System, wonach WEA unter bestimmten Voraussetzungen auch ohne aktuelle örtliche und/oder überörtliche planungsrechtliche Festlegung genehmigt werden können.
- 3.3. Dieses System ist jedoch nicht relevant, da in der vorliegenden Konstellation alle raumordnungsrechtlichen Vorgaben eingehalten werden.

4. ZU DEN MITANZUWENDENDEN MATERIENGESETZEN

- 4.1. Unvorgreiflich der diesbezüglich allein maßgebenden Rechtsauffassung der UVP-Behörde geht die ASt davon aus, dass im gegenständlichen Verfahren aus dem Bereich des **Landesrechts** jedenfalls die Bestimmungen des Stmk ElWOG 2005²⁾ sowie des StNSchG 2017 und aus dem Bereich des **Bundesrechts** jedenfalls das ETG 1992, das LFG und das ForstG (es sind Rodungen im Ausmaß von 67.310 m² vorgesehen, davon 47.400 m² permanent und 19.910 m² temporär) zur Anwendung kommen werden.
- 4.2. Ausdrücklich angemerkt werden darf, dass eine durch § 123a LFG ermöglichte bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung erfolgen soll und die Behörde aussprechen möge, dass bzw unter welchen Rahmenbedingungen diese zulässig ist.
- 4.3. Nachdem an der Sicherstellung der Stromversorgung, der Erhöhung des Anteils der Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie, der Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung und Wirtschaft mit kostengünstiger, qualitativer hochwertiger Energie

²⁾ Eine Bewilligungspflicht nach dem Stmk Starkstromwegegesetz besteht gemäß § 3 Abs 2 Z 1 leg cit nicht.

ebenso wie an den positiven Auswirkungen für den Klimaschutz ein (massives) öffentliches Interesse besteht,³⁾ geht die AST davon aus, dass eine – allenfalls nach § 17 Abs 3 ForstG⁴⁾ – durchzuführende Interessenabwägung für die Realisierung des Vorhabens spricht. IdS hält auch die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – REPowerEU: gemeinsames europäisches Vorgehen für erschwinglichere, sichere und nachhaltige Energie vom 8.3.2022, COM(2022) 108 final, Folgendes fest:

„Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die Planung, der Bau und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen, ihr Anschluss an das Netz und das entsprechende Netz selbst als im überwiegenden öffentlichen Interesse und im Interesse der öffentlichen Sicherheit liegend angesehen werden und für das günstigste Planungs- und Genehmigungsverfahren in Betracht kommen.“

Dieses Bestreben wurde nunmehr auch normativ verankert: Nach **Art 16f RED III** (RL [EU] 2023/2413 der Europäischen Parlaments und des Rates vom 18.10.2023) *„[stellen] die Mitgliedstaaten bis spätestens 21. Februar 2024 sicher, dass bis zum Erreichen der Klimaneutralität im Genehmigungsverfahren, bei der Planung, beim Bau und beim Betrieb von **Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarer Energie**, bei dem Anschluss solcher Anlagen an das Netz, dem betreffenden Netz selbst sowie bei Speicheranlagen davon ausgegangen wird, dass sie **im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit dienen**, wenn für die Zwecke des Artikels 6 Absatz 4 und des Artikels 16 Absatz 1 Buchstabe c der Richtlinie 92/43/EWG, des Artikels 4 Absatz 7 der Richtlinie 2000/60/EG und des Artikels 9 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 2009/147/EG im Einzelfall rechtliche Interessen abgewogen werden.“* Diese unionsrechtliche Bestimmung ist hinreichend klar, genau und unbeding, sodass sie nach

³⁾ Siehe dazu VwGH 15.10.2020, Ro 2019/04/0021, Rn 647. Grundlegend auch die vom VwGH in seinem Erk vom 23.8.2023, Ro 2022/04/0003, bestätigte Entscheidung des BVwG vom 4.10.2021, W118 2197944-1/182E, zum Windpark Stubalpe, wonach *„das Interesse am Ausbau erneuerbarer Energieträger stetig im Wachsen begriffen [ist].“*

⁴⁾ Vgl dazu (Interessenabwägung aufgrund Beeinträchtigung des Landschaftsbildes) die beiden „Leitentscheidungen“ des BVwG zum Windpark Paasdorf (Erkenntnis vom 5.1.2021, W104 2234617-1) und zum Windpark Spannberg IV (Erkenntnis vom 2.8.2022, W118 2252460-1/25E).

der ständigen Rechtsprechung⁵⁾ bei fehlender oder mangelhafter Umsetzung unmittelbare Wirkung entfaltet.

Ergänzend darf zum öffentlichen Interesse an der Verwirklichung des Vorhabens auf Folgendes hingewiesen werden:

- Der VwGH führt im Hinblick auf naturschutzrechtliche Interessenabwägungen in seiner ständigen Rechtsprechung aus, dass an der Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie und den daraus resultierenden positiven Auswirkungen für den Klimaschutz ein langfristiges öffentliches Interesse besteht.⁶⁾ Das öffentliche Interesse besteht insbesondere darin, dass die Stromversorgung ausreichend, sicher und preiswert erfolgt.⁷⁾ Ebenfalls wurde anerkannt, dass es sich dabei um ein langfristiges Interesse handelt, es somit darauf ankommt, ob die Verwirklichung des Vorhabens für die quantitative oder qualitative Gewährleistung der Stromversorgung auf längere Sicht erforderlich ist.⁸⁾
- Auch nach der Klima- und Energiestrategie der österreichischen Bundesregierung⁹⁾ sowie dem Energie- und Klimaplan für Österreich vom 18.12.2019 kommt dem Ausbau der Windkraft eine zentrale Rolle zu. So hält bspw die Klima- und Energiestrategie der österreichischen Bundesregierung (#mission2030) auf Seite 47 wie folgt fest: „*Ein Ziel ist es, im Jahre 2030 Strom in dem Ausmaß zu erzeugen, dass der Gesamtstromverbrauch zu 100 % (national bilanziell) aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt ist. Wasserkraft, Windkraft und Photovoltaik werden Motor dieses Ausbaus sein.*“ Gleichgesinnt wird im (an die Europäische Kommission übermittelten) NEKP

⁵⁾ Statt vieler VwGH 20.10.2022, Ra 2021/07/0068 mwN. Auch die Literatur geht davon aus, „dass Art 16f EE-RL zur unionsrechtskonformen Auslegung von Abwägungsklauseln heranzuziehen bzw bestimmt genug ist, um allenfalls unmittelbar angewandt zu werden einer“ (Handig/Üblagger, Das überragende, überwiegende, hohe öffentliche Interesse am Erneuerbaren-Ausbau, *ecolx* 2024/203 [354]). Dieser Ansicht hat sich das BVwG in seinem Beschluss vom 23.8.2023, W248 2273872-1/93Z, angeschlossen.

⁶⁾ VwGH 30.9.2002, 2000/10/0065; 13.12.2010, 2009/10/0020; 14.7.2011, 2010/10/0011; 11.8.2015, 2012/10/0197; 21.12.2016, Ro 2014/10/0046. Zuletzt etwa VwGH 23.8.2023, Ro 2022/04/0003 (insb Rn 39) zum Windpark Stubalpe.

⁷⁾ VwGH 15.10.2020, Ro 2019/04/0021 unter Hinweis auf VwGH 4.3.2008, 2005/05/0281. Ausdrücklich zu einem Kleinwasserkraftwerk VwGH 11.8.2015, 2012/10/0197.

⁸⁾ VwGH 15.10.2020, Ro 2019/04/0021 unter Hinweis auf VwGH 30.9.2002, 2000/10/0065.

⁹⁾ Der jedoch allein für sich betrachtet keine entscheidungsrelevante Bedeutung beigemessen werden darf; VfGH 29.6.2017, E 875/2017 ua.

(Nationaler Energie- und Klimaplan) 2023 (Stand 20.8.2024),¹⁰⁾ Seite 28, ausgeführt, dass der Anteil erneuerbarer Energie am Bruttoendenergieverbrauch bis 2030 auf mindestens 57 % gesteigert werden soll.

- Nicht zuletzt aufgrund dieser skizzierten Strategie wurde im Oktober 2019 das ÖSG 2012 novelliert und wird in den diesbezüglichen Gesetzesmaterialien¹¹⁾ festgehalten, dass „[sich] die österreichische Klima- und Energiestrategie #mission2030 zum Ziel gesetzt [hat], dass der nationale Gesamtstromverbrauch zu 100 % (national bilanziell) aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden kann.“ Nach dem mit BGBl I Nr 150/2021 kundgemachten Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) soll in Österreich die jährliche Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien massiv angehoben werden – konkret um 27 Terawattstunden (TWh), davon 11 TWh aus Photovoltaik, 10 TWh aus Windkraft, 5 TWh aus Wasserkraft und 1 TWh aus Biomasse. Das bedeutet, dass nach dem Willen des Gesetzgebers rund 800 weitere WEA benötigt werden.
- Weiters sprechen neben diesen skizzierten öffentlichen Interessen am Klimaschutz und der Reduktion von CO₂-Emissionen eine höhere Versorgungssicherheit (ein Diversifizieren von Energieträgern sowie die Dezentralisierung von Energiebereitstellungsanlagen, welche regionale Schwankungen ausgleichen, erhöhen die Versorgungssicherheit), der Gesundheitsschutz (ein Rückgang fossiler Energieträger verringert Emissionen und verbessert die Luftqualität), die Schaffung von Arbeitsplätzen und ökologische Aspekte für das verfahrensgenständliche Vorhaben: Denn der Klimawandel wirkt sich negativ auf die biologische Vielfalt und die biologischen Organisationsebenen der Arten, Lebensgemeinschaften und Ökosysteme aus (siehe dazu den zwölften Umweltkontrollbericht aus dem Jahr 2019 vom Umweltbundesamt).
- Außerdem ist festzustellen, dass Strom als Substitutionsgut im zukünftigen Energiemix eine tragende Rolle in der Gesellschaft spielen wird. Zukünftig werden die Energiesektoren, welche derzeit aus Gas, Erdöl und Kohle gedeckt werden, auf eine erneuerbare CO₂-freie Energiegewinnung umgestellt. Einsparungen in den anderen Sektoren bewirken allerdings

¹⁰⁾ Öffentlich abrufbar unter der Adresse https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/klimaschutz/nat_klimapolitik/energie_klimaplan.html [28.10.2024].

¹¹⁾ IA 966 BlgNR 26. GP 3.

eine Steigerung im Stromsektor (zB Wärmegewinnung aus Wärmepumpen). So wird auch im Klima und Energieplan, Seite 78, festgehalten, dass es durch die 100%ige Deckung des Gesamtstromverbrauches aus erneuerbarer Energie zu einer Zunahme des Stromverbrauches kommen wird.

- Schließlich darf angemerkt werden, dass nach dem unlängst publizierten NIP (Integrierter österreichischer Netzinfrasturplan) das theoretisch-technische Winderzeugungspotential in der Steiermark bei 33,8 TWh/a und die für das Jahr 2030 angenommene Windenergieerzeugung bei 2,8 TWh/a (bei einer normalisierten Erzeugung für das Jahr 2020 von 0,5 TWh/a) liegt. Insoweit besteht ein dringendes Bedürfnis nach einem weiteren Ausbau der Windenergie in der Steiermark.

Zusammenfassend besteht aus der Sicht der ASt kein Zweifel, dass die Realisierung des antragsgegenständlichen Vorhabens im **massiven öffentlichen Interesse** liegt und dieses Interesse – wie das BVwG in seiner Entscheidung vom 2.8.2022, W118 2252460-1/25E, zum Windpark Spannberg IV, aber auch schon in seiner Erkenntnis vom 5.1.2021, W104 2234617-1 zum Windpark Paasdorf ausdrücklich im Hinblick auf den Schutz des Landschaftsbildes ausgeführt hat – allfälligen anderen gegenläufigen Interessen vorgeht.

- 4.4.** Nachdem die WEA keine Arbeitsstätten gemäß § 92 Abs 1 ASchG aufweisen, ist aus der Sicht der ASt keine Arbeitsstättenbewilligung erforderlich ist (vgl dazu auch die Erläuterungen des ZAi zu § 1 Abs 1 AStV). Die technischen Anforderungen gemäß § 94 ASchG werden in der UVP-Genehmigung berücksichtigt werden.
- 4.5.** Nach der – für die UVP-Behörde in keiner Weise präjudiziellen – Auffassung der ASt unterliegt eine lokale Wasserhaltung während der Bauphase mangels Erschließungs- und Benützungsabsicht keiner wasserrechtlichen Bewilligungspflicht (in den durchgeführten Baggerschürfen an den geplanten WEA-Standorten wurden keine Wasserzutritte angetroffen; vgl dazu die geologisch-hydrologische Erkundung der GWU Geologie-Wasser-Umwelt GmbH vom 25.4.2024).¹²⁾

¹²⁾ Vgl VwGH 25.7.2013, 2010/07/0213; 21.6.2018, Ro 2017/07/0031, und aus der Literatur *Bumberger*, Rechtsprechung zum Wasserrecht im Jahr 2013, RdU 2014/27 (50); *ders*, Rechtsprechung des VwGH zum Wasserrechtsgesetz in den Jahren 2017 und 2018, RdU 2020/4 (14 ff).

5. FRISTEN

- 5.1.** Gemäß § 17 Abs 6 UVP-G 2000 können in der UVP-Genehmigung angemessene Fristen für die Fertigstellung des Vorhabens, einzelner Teile davon oder für die Inanspruchnahme von Rechten festgesetzt werden.
- 5.2.** Nach der Literatur¹³⁾ sind für den Fall, dass die UVP-Behörde von dieser Möglichkeit Gebrauch macht und eine Frist nach § 17 Abs 6 UVP-G 2000 bestimmt, die in den Materiengesetzen statuierten Baubeginns- und Bauvollendungsfristen nicht – auch nicht subsidiär – anzuwenden.
- 5.3.** Vor dem Hintergrund der in den Materiengesetzen normierten Baubeginns-, Bauvollendungs- und Konsensfristen ersucht die ASt um Festsetzung einheitlicher Fristen, die von dem in Geltung stehenden Förderungsregelungen, der Möglichkeit eines Netzzuganges sowie den aus naturschutzfachlicher Sicht erforderlichen Bauzeitenbeschränkungen geschuldet sind, wie folgt:
- Baubeginn: spätestens bis 31.12.2027
 - Bauvollendung: spätestens bis 31.12.2030
 - Konsensbefristung: keine

6. EINREICHUNTERLAGEN

- 6.1.** Gemäß § 5 Abs 1 UVP-G 2000 sind dem Genehmigungsantrag als Einreichunterlagen die nach den Verwaltungsvorschriften für die Genehmigung des Vorhabens erforderlichen Projektunterlagen und eine UVE¹⁴⁾ anzuschließen.

¹³⁾ Vgl dazu *N. Raschauer* in Ennöckl/N. Raschauer/Bergthaler, UVP-G³ (2013) § 17 Rz 101 mwN.

¹⁴⁾ Zu ihrer rechtlichen Qualität vgl BVwG 7.1.2015, W113 2008064-1/17E, *Abnahme Spielberg Neu*.

6.2. Das Einreichoperat unterteilt sich (grob) wie folgt:

- A – Genehmigungsantrag
- B – Vorhaben
 - Beschreibung
 - Verzeichnisse & Grundbuchsauszüge
- C – Sonstige Unterlagen
 - Grundlagendaten
 - Zustimmungen und Nachweise
 - Allgemeine Dokumente zu den Anlagen
 - Typenprüfung/ Prüfzeugnis
 - Schall und Leistung
 - Fundament, Zuwegung und Kranstellfläche
 - Blitzschutz und Erdungssystem/ Elektrotechnik
 - Brandschutz
 - Arbeitsschutz, Wartung und Aufstiegshilfe
 - Eiserkennung
 - Luftfahrt
 - Wasser und Abfall Umweltverträglichkeit
 - Nebenanlagen
- D – Umweltverträglichkeitserklärung
 - Allgemeines
 - Umweltrelevante Wirkfaktoren
 - Fachbeiträge

7. ANTRAG

Aufgrund der dargestellten Sach- und Rechtslage stellt die ASt den

ANTRAG:

Die Steiermärkische Landesregierung als Genehmigungsbehörde nach dem UVP-G 2000 wolle gemäß § 17 UVP-G 2000, daher auch unter Mitwirkung aller im vorliegenden Fall einschlägigen innerstaatlichen und unionsrechtlichen Rechtsvorschriften, iVm Z 6 lit b Anhang 1 UVP-G 2000 die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb des in diesem Antrag sowie dem beiliegenden Technischen Einreichoperat beschriebenen Vorhabens „Windparks Tauernwind IV“ erteilen.

ImWind Tauernwind WP GmbH